

## 16. Wahlperiode

---

### Dringlicher Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

#### **Ablehnung der Zielsetzung des Volksbegehrens „Pro Reli“**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus lehnt die Zielsetzung des Volksbegehrens „Pro Reli“ ab und bekräftigt die Notwendigkeit eines verpflichtenden Unterrichtsfach Ethik, in welchem die Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden.

Das Abgeordnetenhaus verzichtet für den Volksentscheid auf die Vorlage eines eigenen alternativen Gesetzentwurfes und ruft die Berlinerinnen und Berliner auf, bei der Abstimmung gegen die Einführung eines Wahlpflichtfaches und damit für die Beibehaltung der Berliner Regelung für Ethik- und Religionsunterricht zu stimmen.

#### **Begründung:**

Mit dem Volksbegehren soll erreicht werden, dass der gemeinsame Ethikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler abgeschafft und durch ein Wahlpflichtfach „Religions- und Ethikunterricht“ ersetzt wird. Dies würde zur Folge haben, dass die Schülerinnen und Schüler sich zwischen Ethik- und Religionsunterricht entscheiden müssten, sie können nicht mehr, wie bisher möglich, beides besuchen. Damit würde der Unterricht zukünftig getrennt nach Religionszugehörigkeit stattfinden. Ein gemeinsames Unterrichten und ein entsprechender Austausch auch zwischen Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Weltanschauungen wäre damit nicht mehr gegeben. Dies widerspricht allen an anderer Stelle immer wieder gestellten Forderungen nach Integration und gemeinsamem Lernen in der Schule.

Der gemeinsame Ethikunterricht ist ein wichtiges Instrument, mit dem Konflikte vermieden und Vorurteile abgebaut werden können und die Integration in unserer Stadt gefördert wird. Wir stärken mit ihm die gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung. Deshalb ist das Wahlpflichtfach keine sinnvolle Alternative.

Berlin, 17. Februar 2009

Müller Gaebler  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Doering  
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.